



ANN-KATHRIN WATOLLA & MAURICE STENZEL

# Was bedeutet Demokratie für uns in Deutschland?

Erste Erkenntnisse aus einem Mitmachexperiment im Rahmen der Langen Nacht der Wissenschaften in Berlin 2026

## ABSTRACT

Wie Demokratie in Deutschland wahrgenommen wird, hängt nicht nur von Institutionen und Verfahren ab, sondern ist maßgeblich an die individuellen, oft unbewussten Überzeugungen der Menschen geknüpft. Um sich diesen Überzeugungen anzunähern, wurden Besucher\*innen der Langen Nacht der Wissenschaften 2026 in Berlin befragt. In der „Wahlkabine Demokratie in Deutschland“ konnten sie auf einem fiktiven Wahlzettel Aussagen über Demokratie wählen und eigene Gedanken zu verschiedenen Themenbereichen ergänzen. Dieses Discussion Paper beschreibt den Aufbau des Experiments, stellt den konzeptionellen und methodischen Hintergrund der Erhebung und Analyse der Daten dar und leitet erste übergreifende Erkenntnisse ab. Diese werden hinsichtlich ihrer Bedeutung für die Forschung zur Demokratie in Deutschland diskutiert, in bestehende Forschungsansätze eingebettet und Anschlussmöglichkeiten für die weitere Forschung zu Demokratie aufgezeigt.

## KEYWORDS

Demokratie, Überzeugungen, Mitmachexperiment, qualitative Forschung

## ZITIERHINWEIS

Watolla, A-K. & Stenzel, M. (2026). Was bedeutet Demokratie für uns in Deutschland? Erste Erkenntnisse aus einem Mitmachexperiment im Rahmen der Langen Nacht der Wissenschaften in Berlin 2026. HIIG Discussion Paper Series 2026-5. 16 Seiten. <https://doi.org/10.5281/zenodo.21237481>

## LIZENZ

Dieses Werk wird unter den Bedingungen der Creative Commons Namensnennung 4.0 (International) verbreitet, die die uneingeschränkte Nutzung, Verbreitung und Vervielfältigung in jedem Medium gestattet, sofern das Originalwerk ordnungsgemäß zitiert wird. Das Urheberrecht verbleibt bei den Autoren (<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>).

## AUTOR\*INNEN

Dr. Ann-Kathrin Watolla – Assoziierte Forscherin am Alexander von Humboldt Institut für Internet und Gesellschaft

Dr. Maurice Stenzel – Senior Researcher am Alexander von Humboldt Institut für Internet und Gesellschaft

**INHALT**

**1 EINLEITUNG..... 3**

**2 VON DER FORSCHUNGSFRAGE ZUR WAHLKABINE: DAS MITMACHEXPERIMENT BEI DER  
„LANGEN NACHT DER WISSENSCHAFTEN” .....4**

**3 WIE AUS EINZELNEN STIMMEN MUSTER WERDEN.....7**

**4 MARKANTE AUSPRÄGUNGEN IM WAHLVERHALTEN..... 11**

    4.1 KULTUR UND RECHTSSTAATLICHKEIT IM FOKUS: WARUM AUSSAGEN (NICHT)  
    ZUGESTIMMT WURDE..... 12

    4.2 DREI ERSTE ERKENNTNISSE FÜR DIE ERFORSCHUNG VON DEMOKRATIE IN  
    DEUTSCHLAND..... 13

**5 WAS BEDEUTEN DIE ERKENNTNISSE FÜR DIE DEMOKRATIE IN DEUTSCHLAND?.....15**

**REFERENZEN.....16**

## 1 EINLEITUNG

Demokratie in Deutschland ist kein abstraktes politisches System, sondern gelebte Erfahrung eines jeden Einzelnen (Ferrer et al., 2025; Oser & Hooghe, 2018). Offen ist jedoch bislang, wie sich dieser individuelle Blick konkret darstellt und wie ein wissenschaftlich fundierter methodischer Zugang für die Erforschung aussehen könnte. Um sich diesen Fragen anzunähern, wurden Bürger\*innen im Rahmen der Langen Nacht der Wissenschaften am 6. Juni 2026 in Berlin eingeladen, am Alexander von Humboldt Institut für Internet Gesellschaft (HIIG) bei einem interaktiven Experiment mitzumachen. In der „Wahlkabine Demokratie in Deutschland“ wurden Bürger\*innen gefragt: Welchen Aussagen rund um Demokratie stimmen sie zu und welchen nicht? Wie stellen sie sich Demokratie vor und wie fühlen sie sich in ihr?

Denn die aktuellen Debatten über die Zukunftsfähigkeit demokratischer Gesellschaften zeigen, dass individuelle Überzeugungen und Erwartungen der Bürger\*innen eine zentrale Rolle dabei spielen, wie Demokratie verstanden wird. Diese Überzeugungen zeigen sich etwa in dem, was Menschen von Demokratie und den gewählten Politiker\*innen erwarten, wie sie sich einbringen und welche Positionen sie vertreten oder ablehnen. Insofern sind diese Überzeugungen nicht immer rational begründet, sondern maßgeblich durch die ganz eigenen Erfahrungen im demokratischen System in Deutschland geprägt. Während einige dabei vor allem die Bedeutung freier Wahlen und politischer Mitbestimmung betonen, verbinden andere Demokratie eher mit Rechtsstaatlichkeit, sozialer Gerechtigkeit oder dem Schutz von Grundrechten (Calmbach et al., 2025; Ferrín Pereira et al., 2023).

Genau hier setzt das Konzept der „Democracy Belief Systems“ (dt. *Glaubenssätze zu Demokratie*, Hernández, 2019) an, das den theoretisch-konzeptionellen Rahmen für die „Wahlkabine Demokratie in Deutschland“ bietet. Demnach bilden Glaubenssätze zu Demokratie ein System politischer Werte und Ideen, die sich aus verschiedenen demokratischen Überzeugungen (*beliefs*) zusammensetzen. Diese werden anhand von zwei Dimensionen erfasst: Erstens bedarf es Kognitionen darüber, wie Demokratie sein sollte – also der individuelle Anspruch an Demokratie – und wie diese (für das Individuum) in der Realität funktioniert – also eine Bewertung dieses Anspruchs. Zweitens stehen diese Kognitionen nicht losgelöst nebeneinander, sondern sind kohärent organisiert und gebunden. Letzteres zeigt sich beispielsweise darin, dass Menschen für einige Eigenschaften von Demokratie stärker einstehen als für andere. Denn sie bewerten verschiedene demokratische Prinzipien unterschiedlich, je nachdem, welche für sie in ihrer individuellen Erfahrung als am Wichtigsten erachtet werden (Ferrer et al., 2025). Insofern fungiert das Konzept der „Democracy Belief Systems“ als analytische Linse für die Untersuchung, wie die Wahrnehmung von Demokratie durch demokratische Überzeugungen beeinflusst wird. Wichtig dabei ist, dass diese Überzeugungen höchst individuell, im eigenen Erleben von Demokratie verankert und an verinnerlichten Werten orientiert sind. Vor diesem Hintergrund dient die „Wahlkabine Demokratie in Deutschland“ als Interventionspunkt für Besucher\*innen, sich mit ihren eigenen Überzeugungen auseinanderzusetzen.

## 2 VON DER FORSCHUNGSFRAGE ZUR WAHLKABINE: DAS MITMACHEXPERIMENT BEI DER „LANGEN NACHT DER WISSENSCHAFTEN“

Das Ziel der „Wahlkabine Demokratie in Deutschland“ bei der Langen Nacht der Wissenschaften in Berlin 2026 war es, anhand konkreter, wählbarer Aussagen zu Demokratie herauszufinden, welche Überzeugungen Besucher\*innen zu Demokratie haben. Da sich demokratische Überzeugungen aus politischen Werten und Ideen speisen und wiederum in Glaubenssätzen zu Demokratie organisiert sind, konnten die Besucher\*innen auf einem eigens entwickelten Wahlzettel (siehe Abb. 1) zwölf unterschiedlichen Aussagen zu Demokratie durch Ankreuzen zustimmen oder nicht zustimmen.

Dein Stimmzettel für die

**Demokratie in Deutschland**

X

Du hast beliebig viele Stimmen. Anmerkungen kannst du auch für Aussagen ergänzen, für die du nicht stimmst.

**1. Wir sollten endlich wieder Mut haben, ein starkes Nationalgefühl zu entwickeln.**

Anmerkung: .....

**2. Wir sollten uns lieber aktuellen Problemen widmen als auf der Vergangenheit rumzureiten.**

Anmerkung: .....

**3. Wir sollten das Christentum in unserer Gesellschaft stärken.**

Anmerkung: .....

**4. Wir sollten genau überlegen, wem wir im Interesse Deutschlands die gleichen Rechte gewähren.**

Anmerkung: .....

**5. Wir sollten dafür sorgen, dass der Wille der Mehrheit immer Vorrang hat, auch wenn er die Rechte der Minderheit beeinträchtigt.**

Anmerkung: .....

**6. Wir sollten darauf achten, dass Minderheiten unsere gesellschaftliche Harmonie und Ordnung nicht stören.**

Anmerkung: .....

**7. Wir sollten sicherstellen, dass die geltenden Regeln und Gesetze konsequent durchgesetzt werden.**

Anmerkung: .....

**8. Wir sollten neu festlegen, wie politische Entscheidungen in diesem Land getroffen werden.**

Anmerkung: .....

**9. Wir sollten dafür sorgen, dass unsere Politiker\*innen vor allem den Willen der Wähler\*innen umsetzen.**

Anmerkung: .....

**10. Wir sollten es zur Bürgerpflicht machen, dass jede\*r wählen gehen muss.**

Anmerkung: .....

**11. Wir sollten mehr dafür tun, dass die Wahlen in Deutschland korrekt ablaufen.**

Anmerkung: .....

**12. Wir sollten überlegen, ob Bürger\*innen oder Politiker\*innen Wahlergebnisse immer akzeptieren müssen.**

Anmerkung: .....

In einem demokratischen Staat sollten wir ...

In einer Demokratie fühle ich mich ...

Abb. 1: Der Wahlzettel zu Demokratie in Deutschland

Für den methodischen Ansatz der Wahlkabine wurden erprobte Forschungsansätze (van Noord et al., 2025; Pickup et al., 2024) genutzt und im Rahmen der Entwicklung der Wahlkabine angepasst. Dabei geht die Vernetzung von verschiedenen Überzeugungen innerhalb der Glaubenssätze zu Demokratie insbesondere

HIIG DISCUSSION PAPER SERIES · 2026-5

4

auf van Noord et al. (2025) zurück. Auch wenn in dieser Analyse ein europäischer Vergleich der Strukturen politischer Glaubenssätze auf Basis der Daten des European Social Survey (2016) vorgenommen wird und Zusammenhänge zu demographischen Gruppen und politischem Verhalten untersucht werden, zeigen die Ergebnisse eindrucklich, wie unterschiedliche Überzeugungen innerhalb der Glaubenssätze ausgeprägt sind. Das Ziel der Wahlkabine war zuvorderst, diese Überzeugungen zunächst selbst tiefer zu verstehen und die Zusammenhänge zwischen demokratischen Überzeugungen sowie die unterschiedlichen Ausprägungen herauszuarbeiten. Ein Vergleich verschiedener Glaubenssätze stand nicht im Zentrum. Der Forschungsansatz von Pickup et al. (2024) lieferte zudem wertvolle Erkenntnisse für die Auswahl und Kategorisierung der Aussagen sowie ihrer zugespitzten Reformulierung. Dabei wurden in den genutzten Erhebungen die Zustimmung zu einem Themenfeld sowohl mit einer pro- als auch einer anti-demokratischen Formulierung abgefragt, sodass sie in der Lage waren, auch ambivalente Einstellungen zu erheben (etwa durch Zustimmung zu einer pro- und anti-demokratischen Aussage zum gleichen Thema). Für die Wahlkabine wurde hingegen ein anderer konzeptioneller Fokus gewählt, um durch die Reduktion auf zwölf zugespitzte Aussagen bestmöglich zum Nachdenken anzuregen und aussagekräftige Ergebnisse zu verschiedenen Themenfeldern generieren zu können. Eine Dopplung der Aussagen durch pro- und anti-demokratische Formulierungen, um ebenfalls Ambivalenzen erheben zu können, war unter den gegebenen Bedingungen nicht handhabbar beziehungsweise hätte eine Reduktion der Themenfelder und damit einen engeren thematischen Fokus bedeutet.

Für die inhaltliche Ausarbeitung der Aussagen auf dem Wahlzettel wurde auf Items aus deutschlandweiten Studien zu politischen Einstellungen, Demokratiezufriedenheit und Vorurteilen in der Gesellschaft zurückgegriffen. Die Auswahl der Studien beschränkte sich auf solche, deren Erhebungszeitraum in den letzten zwei Jahren lag und die deutschlandweit durchgeführt wurden. Anhand dieser beiden Kriterien wurden der MOTRA-Monitor 2024/2025 (Kemmesies et al., 2026), die Leipziger Autoritarismus-Studie 2024 (Decker et al., 2024), die Mitte-Studie 2024/2025 (Zick et al., 2025) sowie Menschen in Deutschland 2025 (Wetzels et al., 2025) als geeignete Basis für die inhaltliche Entwicklung der Aussagen identifiziert. Aus diesen Studien wurden in einem ersten Analyseschritt jene in den Studien erhobenen Einstellungen extrahiert, bei denen vermutet wurde, dass sie sich als Reibungspunkte für die „Wahlkabine Demokratie in Deutschland“ eignen.

Die genutzten Studien unterscheiden sich in ihrem methodischen Design, ihren Erhebungsinstrumenten und den zugrundeliegenden Konstrukten stark voneinander. So nutzen beispielsweise die Leipziger Autoritarismus-Studie und die Mitte-Studie etablierte Skalen wie den Leipziger Fragebogen zur rechtsextremen Einstellung. Der MOTRA-Monitor erhebt hingegen longitudinal wechselnde gesellschaftliche Krisenwahrnehmungen und Menschen in Deutschland fokussiert Einstellungen zu Rechtsextremismus, Islamismus und Ausländerfeindlichkeit. Aufgrund dieser Heterogenität wurden die Einzelitems aus den vier Studien im Vorfeld händisch gesichtet, verglichen und in eine gemeinsame Sprache überführt. Im zweiten Schritt wurden inhaltlich verwandte Einstellungen zusammengeführt und anschließend für den Wahlzettel gruppiert in die vier Kategorien Kultur, Gleichbehandlung, Rechtsstaatlichkeit und Wahlen:

Dein Stimmzettel für die

## Demokratie in Deutschland



Du hast beliebig viele Stimmen. Anmerkungen kannst du auch für Aussagen ergänzen, für die du nicht stimmst.

|                                  |                                                                                                                                           |                       |
|----------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------|
| <b>Kultur</b>                    | <b>1. Wir sollten endlich wieder Mut haben, ein starkes Nationalgefühl zu entwickeln.</b>                                                 | <input type="radio"/> |
|                                  | Anmerkung: .....                                                                                                                          |                       |
|                                  | <b>2. Wir sollten uns lieber aktuellen Problemen widmen als auf der Vergangenheit rumzureiten.</b>                                        | <input type="radio"/> |
|                                  | Anmerkung: .....                                                                                                                          |                       |
|                                  | <b>3. Wir sollten das Christentum in unserer Gesellschaft stärken.</b>                                                                    | <input type="radio"/> |
|                                  | Anmerkung: .....                                                                                                                          |                       |
| <b>Gleich-<br/>behandlung</b>    | <b>4. Wir sollten genau überlegen, wem wir im Interesse Deutschlands die gleichen Rechte gewähren.</b>                                    | <input type="radio"/> |
|                                  | Anmerkung: .....                                                                                                                          |                       |
|                                  | <b>5. Wir sollten dafür sorgen, dass der Wille der Mehrheit immer Vorrang hat, auch wenn er die Rechte der Minderheit beeinträchtigt.</b> | <input type="radio"/> |
|                                  | Anmerkung: .....                                                                                                                          |                       |
|                                  | <b>6. Wir sollten darauf achten, dass Minderheiten unsere gesellschaftliche Harmonie und Ordnung nicht stören.</b>                        | <input type="radio"/> |
|                                  | Anmerkung: .....                                                                                                                          |                       |
| <b>Rechts-<br/>staatlichkeit</b> | <b>7. Wir sollten sicherstellen, dass die geltenden Regeln und Gesetze konsequent durchgesetzt werden.</b>                                | <input type="radio"/> |
|                                  | Anmerkung: .....                                                                                                                          |                       |
|                                  | <b>8. Wir sollten neu festlegen, wie politische Entscheidungen in diesem Land getroffen werden.</b>                                       | <input type="radio"/> |
|                                  | Anmerkung: .....                                                                                                                          |                       |
|                                  | <b>9. Wir sollten dafür sorgen, dass unsere Politiker*innen vor allem den Willen der Wähler*innen umsetzen.</b>                           | <input type="radio"/> |
|                                  | Anmerkung: .....                                                                                                                          |                       |
| <b>Wahlen</b>                    | <b>10. Wir sollten es zur Bürgerpflicht machen, dass jede*r wählen gehen muss.</b>                                                        | <input type="radio"/> |
|                                  | Anmerkung: .....                                                                                                                          |                       |
|                                  | <b>11. Wir sollten mehr dafür tun, dass die Wahlen in Deutschland korrekt ablaufen.</b>                                                   | <input type="radio"/> |
|                                  | Anmerkung: .....                                                                                                                          |                       |
|                                  | <b>12. Wir sollten überlegen, ob Bürger*innen oder Politiker*innen Wahlergebnisse immer akzeptieren müssen.</b>                           | <input type="radio"/> |
|                                  | Anmerkung: .....                                                                                                                          |                       |

In einem demokratischen Staat sollten wir ...

In einer Demokratie fühle ich mich ...

Abb. 2.: Zuordnung der Aussagen zu den vier Themenbereichen

Auf Basis dieser analytischen Vorarbeit wurden die gesammelten Einstellungen in einem dritten Schritt konsolidiert und in insgesamt zwölf schematisch vereinheitlichte Aussagen überführt („Wir sollten...“). Diese Aussagen sind somit das Ergebnis einer aufwändigen Verdichtung mehrerer hundert Einzelitems aus vier Studien auf einen gemeinsamen, allgemeinverständlichen Nenner. So kann sichergestellt werden, dass der Wahlzettel auf einem breiten empirischen Fundament basiert. Zudem wurden zwei Freitext-Felder ergänzt – eins zu den Zielvorstellungen zu Demokratie und eins zu den Gefühlen in der Demokratie –, um den Blick der Besucher\*innen auch über die zwölf Aussagen hinaus zu weiten und Wünsche und Erwartungen erfassen zu können.

Die gesamte konzeptionelle Arbeit wurde von dem Anspruch geleitet, Aussagen zu formulieren, die pointiert genug sind, um zum Nachdenken anzuregen, zugleich jedoch weder diskriminieren noch einen Generalverdacht gegenüber einzelnen gesellschaftlichen Gruppen nahelegen. Auf eine Reproduktion der in Teilen demokratiefeindlichen Formulierungen in den zugrundeliegenden Studien wurde daher bewusst

verzichtet.

Für das Mitmachexperiment wurden die entwickelten Aussagen abschließend auf dem [Wahlzettel](#) angeordnet, sodass Besucher\*innen diese – anstatt wie üblich Parteien und Politiker\*innen – „wählen“ konnten (siehe Abb. 1). Um die Besucher\*innen weder zu verwirren noch durch die Zuordnung zu den Themenbereichen zu beeinflussen, war die Zuordnung der Aussagen zu den vier Themenbereichen auf dem Wahlzettel nicht ersichtlich. Mit einem Kreuz drückten die Besucher\*innen ihre Zustimmung zu einer Aussage aus. Kein Kreuz bedeutete spiegelbildlich, dass sie der Aussage nicht zustimmen. Losgelöst von Zustimmung oder Nichtzustimmung wurde für jede Aussage die Möglichkeit gegeben, händisch Anmerkungen zu ergänzen. Diese Anmerkungen dienten dazu, die Hintergründe für (Nicht-)Zustimmung besser verstehen zu können sowie Besucher\*innen die Möglichkeit zu geben, Einschränkungen oder Voraussetzungen zu ihrer Wahl zu ergänzen. Das Ende des Wahlzettels bildeten zwei Freitext-Felder, in denen die Besucher\*innen unabhängig von den vorgeschriebenen Aussagen ihre Zielvorstellungen und Gefühle zu Demokratie formulieren konnten.

Um zu vermeiden, dass die auf Basis wissenschaftlicher Prinzipien entwickelten Aussagen als anti-demokratisch missverstanden und diese Haltung implizit mit den Forscher\*innen beziehungsweise der Forschungsinstitution in Verbindung gebracht wird, wurden der Ansatz und die Genese des Wahlzettels durch Aushänge dargestellt. Zudem wurde das Konzept für die Besucher\*innen im persönlichen Gespräch eingeordnet. So konnte gewährleistet werden, dass die Zustimmung zu den Aussagen sowie die Freitext-Felder zu Zielvorstellungen und Gefühlen über Demokratie frei und ehrlich erfolgen konnte.

Dass die formulierten Aussagen tatsächlich zum Nachdenken angeregt haben, zeigten die Diskussionen mit den Besucher\*innen der „Wahlkabine Demokratie in Deutschland“. Darin wurde deutlich, wie unterschiedlich die schematisch vereinheitlichten Aussagen gelesen wurden. Inwieweit eine Aussage etwa als konservativ oder progressiv gedeutet, einem bestimmten politischen Lager zugeschrieben oder schlicht als nüchterne Beschreibung einer Zielvorstellung verstanden wird, ist zum einen hochgradig abhängig von der individuellen Perspektive der jeweiligen Person. Zum anderen spielen hierbei auch historisch gewachsene Konnotationen einzelner Begriffe, wie beispielsweise beim „Nationalgefühl“, eine zentrale Rolle. Gerade diese Mehrdeutigkeit zeigt, in welchem Ausmaß Überzeugungen zu Demokratie von individuellen Deutungsmustern abhängen.

### **3 WIE AUS EINZELNEN STIMMEN MUSTER WERDEN**

Insgesamt wurden 131 Wahlzettel ausgefüllt. Über die Besucher\*innen wurden keine demografischen Merkmale erhoben. Da die Lange Nacht der Wissenschaften in Berlin eine kostenpflichtige Veranstaltung mit lokaler (städtischer) Reichweite ist, in der Forschungseinrichtungen über ihre Arbeit informieren, handelt es sich hierbei um keine repräsentative Stichprobe der Bevölkerung Deutschlands.

Für die Auswertung der ausgefüllten Wahlzettel wurden folgende Fragestellungen zugrunde gelegt:

- Bei welchen Aussagen zeigt sich in der Gesamtschau der Stimmen ein Konsens in der (Nicht-)Zustimmung?
- Bei welchen Aussagen herrscht Dissens?
- Bei welchen Aussagen werden besonders viele Anmerkungen verfasst?

Zunächst wurden die (Nicht-)Zustimmungen zu allen Aussagen sowie die entsprechenden Anmerkungen aller Wahlzettel systematisch erfasst. Anschließend wurden die grundlegenden Stimmverhältnisse quantitativ ausgewertet, um einen ersten Überblick über die Zustimmung zu den einzelnen Aussagen zu erhalten:

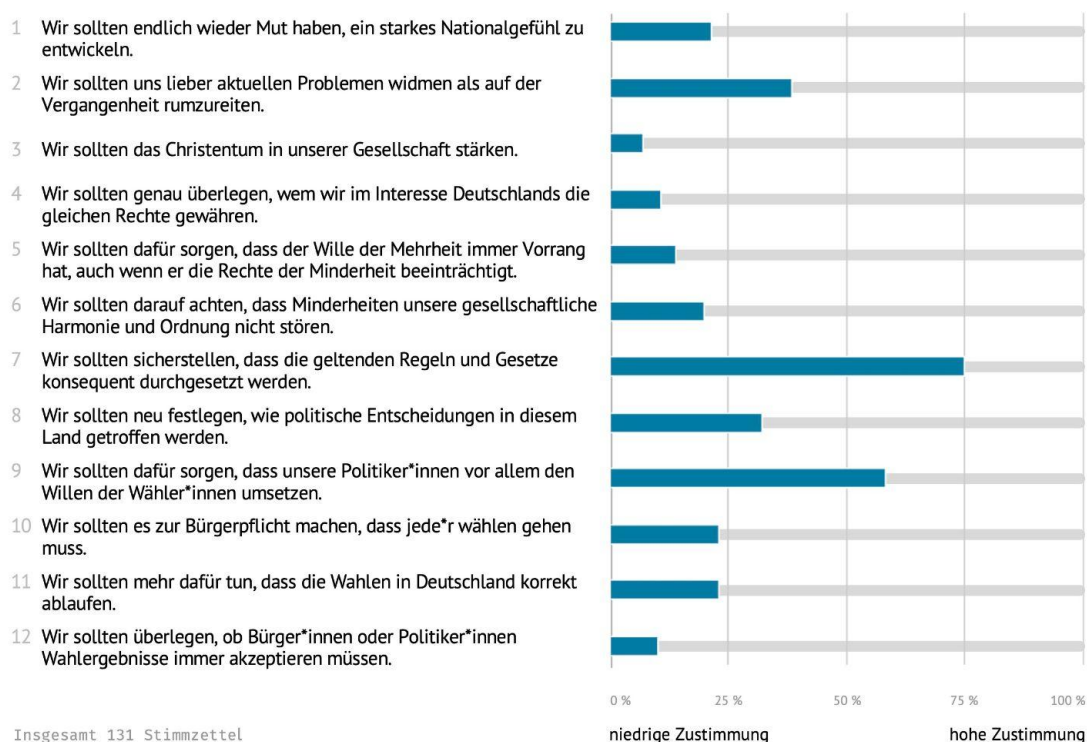


Abb. 3: Zustimmung zu den Aussagen zu Demokratie in Prozent

Dabei zeigt sich vor allem zur Aussage über die konsequente Durchsetzung geltender Regeln und Gesetze (Aussage 7) sowie über die Umsetzung des Wähler\*innenwillens (Aussage 9) eine im Verhältnis zu den anderen Aussagen deutlich höhere Zustimmung. Im Gegensatz dazu fanden die Aussagen zur Stärkung des Christentums (Aussage 2) sowie zur Akzeptanz von Wahlergebnissen (Aussage 12) besonders wenig Zustimmung.

Um die (Nicht-)Zustimmung zu den Aussagen nicht nur isoliert voneinander, sondern auch im Gesamtkontext zu betrachten, wurde im nächsten Schritt eine sogenannte Clusteranalyse (Bacher et al., 2011) mithilfe von [Scikit-learn](#) (auch bekannt als *sklearn*) durchgeführt. Bei Scikit-learn handelt es sich um eine Open-Source-Bibliothek für maschinelles Lernen in der Programmiersprache Python, die eine Reihe an Klassifizierungs-, Regressions- und Clustering-Algorithmen bereitstellt. Für die Analyse wurde dieses

Tool genutzt, um Zusammenhänge in den Daten der einzelnen Wahlzettel explorativ herauszuarbeiten. Auf diese Weise entstanden drei verschiedene Gruppen mit ähnlichen Antwortmustern über alle Fragen des Wahlzettels hinweg. Sichtbar wurde ein heterogenes Bild, wobei die Positionen zu einigen Fragen zwischen den Besucher\*innen stark auseinander lagen, bei anderen wiederum jedoch kaum. Im Ergebnis konnten drei unterschiedliche Gruppen entwickelt werden, die sowohl in Größe als auch in Wahlverhalten variieren:

- 1 Wir sollten endlich wieder Mut haben, ein starkes Nationalgefühl zu entwickeln.
- 2 Wir sollten uns lieber aktuellen Problemen widmen als auf der Vergangenheit rumzureiten.
- 3 Wir sollten das Christentum in unserer Gesellschaft stärken.
- 4 Wir sollten genau überlegen, wem wir im Interesse Deutschlands die gleichen Rechte gewähren.
- 5 Wir sollten dafür sorgen, dass der Wille der Mehrheit immer Vorrang hat, auch wenn er die Rechte der Minderheit beeinträchtigt.
- 6 Wir sollten darauf achten, dass Minderheiten unsere gesellschaftliche Harmonie und Ordnung nicht stören.
- 7 Wir sollten sicherstellen, dass die geltenden Regeln und Gesetze konsequent durchgesetzt werden.
- 8 Wir sollten neu festlegen, wie politische Entscheidungen in diesem Land getroffen werden.
- 9 Wir sollten dafür sorgen, dass unsere Politiker\*innen vor allem den Willen der Wähler\*innen umsetzen.
- 10 Wir sollten es zur Bürgerpflicht machen, dass jede\*r wählen gehen muss.
- 11 Wir sollten mehr dafür tun, dass die Wahlen in Deutschland korrekt ablaufen.
- 12 Wir sollten überlegen, ob Bürger\*innen oder Politiker\*innen Wahlergebnisse immer akzeptieren müssen.

Insgesamt 131 Stimmzettel

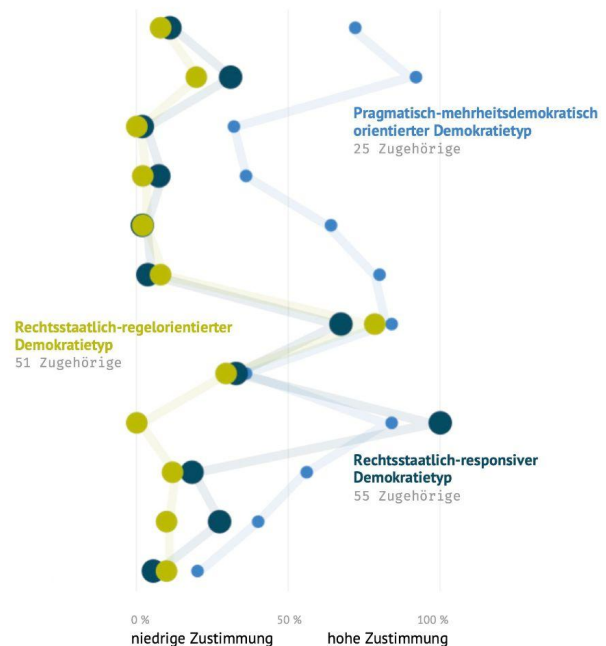


Abb. 4: Zuordnung der Wahlzettel in Gruppen mit ähnlichen Antwortmustern

Die erste Gruppe des sogenannten *Pragmatisch-mehrheitsdemokratisch orientierten Typen* mit 25 Zugehörigen zeigt insgesamt die größte Zustimmung zu den Aussagen und vielen demokratischen Grundprinzipien auf dem Wahlzettel. Insbesondere in der vergleichsweise hohen Zustimmung zum Mehrheitsprinzip sowie einem Pragmatismus für politische Handlungsfähigkeit und demokratische Verfahren scheint ein Verständnis des demokratischen Systems durch, in dem gesellschaftliche Herausforderungen lösungsorientiert bewältigt und Mehrheitsentscheidungen umgesetzt werden sollen. Im Gegensatz dazu zeigen die anderen beiden Gruppen, die mit 51 und 55 Zugehörigen fast gleich groß sind, insgesamt eine geringere Zustimmung zu den Aussagen auf dem Wahlzettel. Obwohl sich überwiegend ein ähnliches Antwortmuster erkennen lässt, liegen diese Gruppen in ihrem Wahlverhalten zur Umsetzung des Bürger\*innenwillens (Aussage 9) weit auseinander. Die zweite Gruppe, die als *Rechtsstaatlich-regelorientierter Typ* (51 Zugehörige) bezeichnet wird, misst insbesondere rechtsstaatlichen Verfahren und der Regeldurchsetzung eine hohe Bedeutung bei. Im Unterschied zu der dritten Gruppe, dem *Rechtsstaatlich-responsiven Typ* (55 Zugehörige), wird das Konzept der Repräsentation hier eher als eigenständiger politischer Auftrag verstanden. Die Legitimität politischer Entscheidungen speist sich damit weniger aus der unmittelbaren Umsetzung des Willens der Bürger\*innen, sondern aus der Einhaltung etablierter demokratischer Verfahren. Der *Rechtsstaatlich-responsive Typ* hingegen verknüpft die Prinzipien

des Rechtsstaates mit einer höheren Responsivität gegenüber den Bürger\*innen. Dies zeigt sich in annähernd deckungsgleicher Zustimmung zu den Aussagen bezüglich rechtsstaatlicher Verfahren (Aussagen 5, 8 und 11) und gesellschaftlicher Ordnung (Aussage 6) wie beim *Rechtsstaatlich-regelorientierten Typ*.

Um noch tiefer in die Daten einzusteigen wurde auch ein Blick darauf geworfen, wie viele Anmerkungen zu den jeweiligen Aussagen gemacht wurden – und zwar sowohl bei Zu- als auch bei Nichtzustimmung – und welche Perspektiven in diesen Anmerkungen formuliert werden:

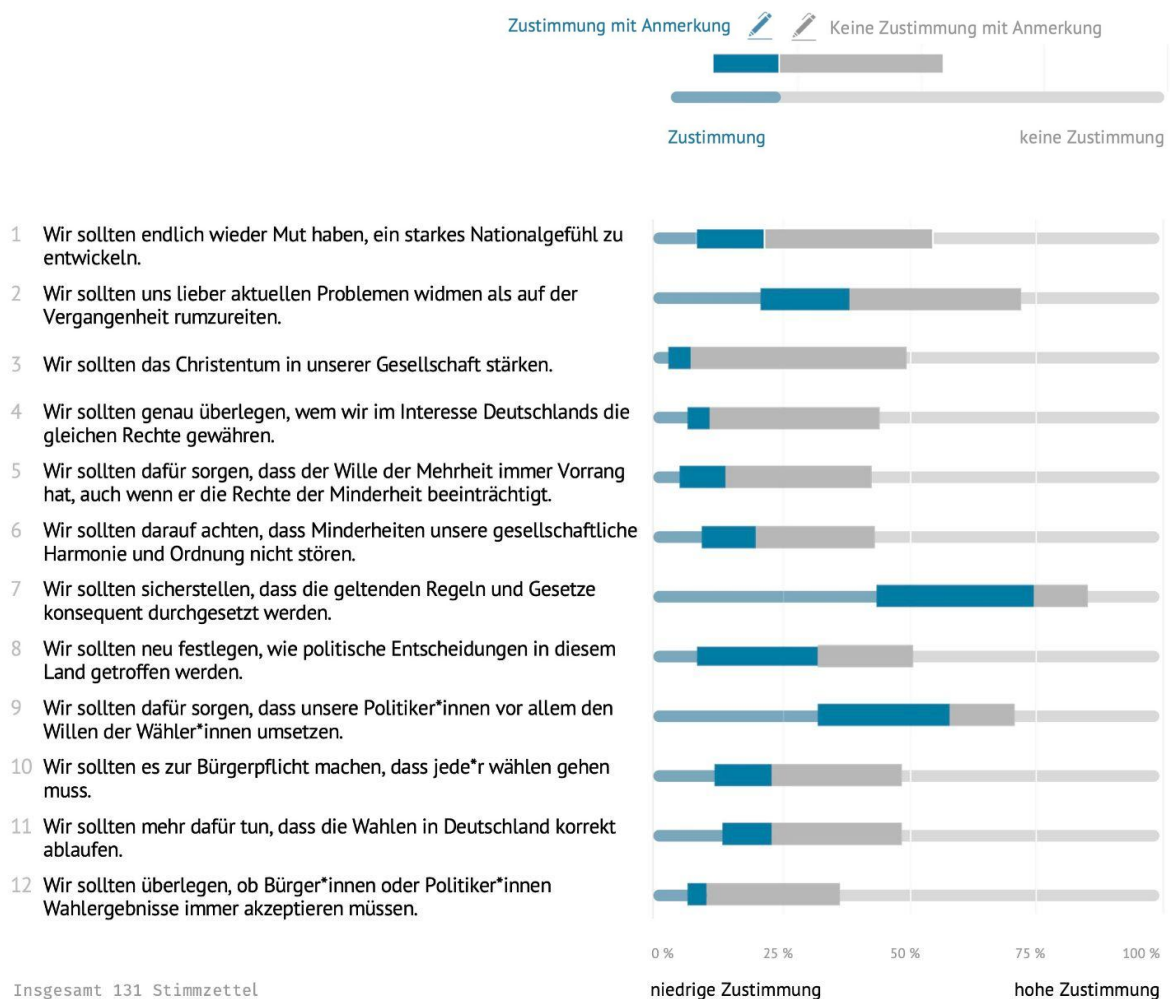


Abb. 5: Anteil der Anmerkungen zu den Aussagen in Prozent

Auffällig hierbei ist, dass mit Ausnahme von Aussage 7, 8 und 9 Anmerkungen überwiegend dann vorgenommen wurden, wenn der Aussage nicht zugestimmt wird. Warum dies so ist, kann aus den Daten nicht festgestellt werden. Es steht aber zu vermuten, dass die jeweilige Aussage bei den Besucher\*innen eine so starke Reaktion hervorgerufen hat, dass sie sich dazu äußern wollten.

## 4 MARKANTE AUSPRÄGUNGEN IM WAHLVERHALTEN

Neben der reinen Zu- und Nichtzustimmung zu den Aussagen auf dem Wahlzettel, hatten die Besucher\*innen die Möglichkeit, Anmerkungen zu jeder der zwölf Aussagen zu formulieren sowie in den Freitext-Feldern allgemeine Vorstellungen über und ihre Gefühle in der Demokratie zu beschreiben. Für die in diesem Discussion Paper dargestellte erste Auswertung der Wahlzettel wurde der Schwerpunkt für die qualitative Analyse auf die markanten Ausprägungen im Wahlverhalten gelegt. Ausgehend von der Hypothese, dass sich über besonders hohe bzw. niedrige Zustimmung inhaltlicher Konsens abbildet, beinhaltet diese erste Analyse jene Anmerkungen zu Aussagen, die besonders viel oder besonders wenig Zustimmung erhielten. Hinzu kommt, dass eine besonders hohe Anzahl von Anmerkungen – sowohl bei Zustimmung als auch bei Nichtzustimmung – vermuten lässt, dass die jeweilige Aussage bei den Besucher\*innen eine so starke Reaktion hervorgerufen hat, dass sie sich dazu äußern wollten. Insofern wurden die Anmerkungen zu folgenden Aussagen für diese erste qualitative Analyse berücksichtigt:

- **Anzahl der Anmerkungen:** Aussage 2 („Wir sollten uns lieber aktuellen Problemen widmen, als auf der Vergangenheit rumzureiten.“) weist mit 54 % die höchste Anmerkungsquote bei Nichtzustimmung auf. Demgegenüber zeigte sich bei Aussage 8 („Wir sollten neu festlegen, wie politische Entscheidungen in diesem Land getroffen werden.“) mit 76 % eine besonders hohe Quote an Anmerkungen bei Zustimmung zu der Aussage.
- **Zustimmung:** Mit neun Stimmen erhielt die Aussage 3 („Wir sollten das Christentum in unserer Gesellschaft stärken.“) insgesamt am wenigsten Zustimmung. Aussage 7 („Wir sollten sicherstellen, dass die geltenden Regeln und Gesetze konsequent durchgesetzt werden.“) verzeichnete mit insgesamt 98 Stimmen hingegen am meisten Zustimmung.
- **Dissens:** Aussage 9 („Wir sollten dafür sorgen, dass unsere Politiker\*innen vor allem den Willen der Wähler\*innen umsetzen.“) wurde aufgrund der oben dargestellten Clusteranalyse zusätzlich in den Blick genommen, da sich hier ungeachtet der relativ deckungsgleichen Kurven bei den *Rechtsstaatlich-regelorientierten* und *Rechtsstaatlich-responsiven* Typen (siehe Kapitel 3) eine große Abweichung bei Frage 9 zeigt. Diese Abweichung lässt ein gesellschaftliches Konfliktpotential bei einem ansonsten relativ homogenen Meinungsbild bei den elf anderen Aussagen vermuten.

Betrachtet man die oben genannten Aussagen im Kontext der vier Themenbereiche des Wahlzettels, so ergibt sich folgendes Bild: Die identifizierten Aussagen sind auf die Themenbereiche Kultur (Aussagen 2 und 3) sowie Rechtsstaatlichkeit (Aussage 7, 8 und 9) konzentriert. Dies lässt vermuten, dass diese Themenbereiche die größten Reaktionen hervorrufen. Um die dahinter liegenden Überzeugungen zu heben, wurden alle Freitext-Antworten zu diesen Aussagen inhaltsanalytisch in einem induktiven Verfahren analysiert (Kuckartz, 2014).

#### **4.1 KULTUR UND RECHTSSTAATLICHKEIT IM FOKUS: WARUM AUSSAGEN (NICHT) ZUGESTIMMT WURDE**

Im Themenbereich Kultur, dem die Aussagen zur Vergangenheitsbewältigung (Aussage 2) und zur Stärkung des Christentums (Aussage 3) zuzuordnen sind, zeigt sich in den Anmerkungen jeweils ein sehr homogenes Bild der angeführten Begründungen. Von den 44 Besucher\*innen, die der Aussage zur Vergangenheitsbewältigung nicht zustimmten und Anmerkungen ergänzt haben, haben 50 % vor allem die Bedeutung des Lernens aus der Vergangenheit herausgestellt, um daraus Erkenntnisse für die Zukunft zu gewinnen. Besonders hervorgehoben wurde dabei, dass durch das Lernen aus vergangenen Fehlern zukünftige Fehler vermieden und so auch aktuelle Probleme gelöst werden können. Gleichzeitig wird in rund 30 % der Anmerkungen bei Nichtzustimmung der in der Aussage formulierte Widerspruch nicht geteilt und stattdessen darauf hingewiesen, dass das eine das andere nicht ausschließt, da das Adressieren aktueller Probleme und die Berücksichtigung der Vergangenheit gleichzeitig existieren kann.

Die Anmerkungen zu der Aussage über die Stärkung des Christentums wurden ebenfalls durch zwei zentrale Begründungen dominiert. In rund 50 % der Anmerkungen ist dies einerseits die Betonung, dass alle Religionen gleich zu behandeln sind und keine Religion den anderen überlegen sei. Damit verbunden ist auch die im Grundgesetz verankerte Religionsfreiheit sowie die Haltung, „Religion soll[e] eine reine Privatsache sein“. Andererseits wird in rund 24 % der Anmerkungen eine (stärkere) Trennung von Staat und Kirche gefordert.

Im Themenbereich der Rechtsstaatlichkeit, dem die Aussagen zur konsequenten Durchsetzung geltender Gesetze (Aussage 7), der politischen Entscheidungsfindung (Aussage 8) und zur Umsetzung des Wähler\*innenwillens (Aussage 9) zuzuordnen sind, offenbart die qualitative Analyse der Anmerkungen eine größere Vielfalt an Perspektiven. In Bezug auf die konsequente Durchsetzung geltender Gesetze (Aussage 7) zeigt sich zwar, dass viele Besucher\*innen diese als Grundpfeiler eines Rechtsstaats verstehen (in 32 % der Anmerkungen von denjenigen, die der Aussage zustimmen). Gleichzeitig wird in 29 % der Anmerkungen jedoch betont, dass die Durchsetzung, insbesondere hinsichtlich des Strafmaßes, stets in Bezug auf ihre Sinnhaftigkeit geprüft werden müsse. Als Beispiele werden hierfür die Strafbarkeit bei Schwangerschaftsabbrüchen sowie bei Nutzung des ÖPNV ohne Fahrschein angeführt, wobei sich in den Anmerkungen grundsätzlich für eine reflektive Anwendung der Gesetze ausgesprochen wird. Daran anknüpfend finden sich auch einige Anmerkungen dazu, dass manche Gesetze modernisiert werden sollten – wobei nicht spezifiziert wird, welche konkret gemeint sind – sowie zu der Notwendigkeit von Kontrollinstanzen und regelmäßigen Überprüfungsmechanismen. Darüber hinaus wird die gleiche Anwendung von Gesetzen auf alle betont, damit keine „Law-and-Order-Politik mit selektiver Anwendung“ entsteht. Während die genannten Perspektiven eher eine Einschränkung in der Zustimmung darstellen, sprechen sich auch einzelne Besucher\*innen dafür aus, geltende Regeln und Gesetze noch stärker durchzusetzen.

Auch bei Aussage 8 zeigt sich ein durchaus vielfältiges Bild in den Anmerkungen dazu, warum neu festgelegt werden sollte, wie politische Entscheidungen in Deutschland getroffen werden, und in den Anmerkungen, wie dies erfolgen kann. In rund 28 % der Anmerkungen von denjenigen, die der Aussage zugestimmt haben, befürworten Besucher\*innen eine direkte Demokratie. Dabei wird oftmals die Schweiz

als Vorbild genannt. Dahinter liegt, wie sich in den Anmerkungen zeigt, der Wunsch, dass politische Entscheider\*innen „mehr der Bevölkerung zuhören“. Auch der Wunsch nach „weniger Lobbyeinfluss von Großkonzernen“ begründet in rund 19 % der Anmerkungen die Zustimmung zu einer neuen Festlegung der politischen Entscheidungsfindung. Hinzu kommt auch Kritik an der aktuellen Amtsausführung von Politiker\*innen verbunden mit einer grundsätzlichen Unzufriedenheit, dass „gerade [...] etwas aber nicht zu funktionieren“ scheint, sowie der Wunsch nach mehr Berücksichtigung von wissenschaftlicher Erkenntnis.

Wie die oben dargestellte Clusteranalyse mit den stark auseinanderklaffenden Zustimmungsraten des *Rechtsstaatlich-regelorientierten* und des *Rechtsstaatlich-responsiven Typs* vermuten ließ, offenbart die induktive Inhaltsanalyse der Anmerkungen zur Umsetzung des Wähler\*innenwillens (Aussage 9) ein stark heterogenes Meinungsbild. Dies betrifft sowohl diejenigen, die der Aussage zustimmen, als auch diejenigen, die der Aussage nicht zustimmen. Auf der einen Seite betonen diejenigen, die der Aussage zustimmen, dass Politiker\*innen genau dafür gewählt werden und daher ihre Wahlversprechen einhalten und so handeln sollten, dass sie den Willen der Bürger\*innen umsetzen. Oder, wie ein\*e zustimmende\*r Besucher\*in schreibt: „Ja, so wie es aus dem Reichstagsgebäude steht: ‚Dem Deutschen Volke‘“. Gleichzeitig wird jedoch auch angemerkt, dass Bürger\*innen möglicherweise nicht immer wissen, was gesamtgesellschaftlich und langfristig der beste Weg wäre, da viele Themen sehr komplex sind. Dieser Einwand verweist auf ein Spannungsfeld, das für die weitere Erforschung von Demokratie in Deutschland relevant sein dürfte: das Verhältnis zwischen unmittelbarer Responsivität gegenüber dem Wähler\*innenwillen einerseits und der Berücksichtigung langfristiger, komplexer Zusammenhänge (etwa wissenschaftliche Erkenntnisse oder der Schutz von Minderheiten) andererseits. Wie sich dieses Spannungsfeld im demokratischen Prozess austarieren lässt, ist eine Frage, der in weiterführender Forschung nachgegangen werden sollte.

## 4.2 DREI ERSTE ERKENNTNISSE FÜR DIE ERFORSCHUNG VON DEMOKRATIE IN DEUTSCHLAND

Auch wenn es sich bei den Besucher\*innen der Langen Nacht der Wissenschaften in Berlin 2026 am HIIG nicht um einen repräsentativen Ausschnitt der Gesellschaft in Deutschland handelt und die obigen Darstellungen lediglich erste Tendenzen widerspiegeln, lassen sich jedoch drei erste Erkenntnisse ableiten, die es weiter zu verfolgen gilt.

Erstens wird vor allem in den Anmerkungen deutlich, dass Überzeugungen zu Demokratie eng an eigene Erfahrungen im demokratischen System und Bewertungen der aktuellen politischen Situation gebunden sind. So schrieb ein\*e Besucher\*in, sich „zurzeit unsicher [zu fühlen], weil ich momentan nicht vorhersagen kann, in welche Richtung sich die Mehrheit bewegt & ob diese Richtung die ‚richtige‘ ist“, während eine andere Person angab, sich „[a]ls Künstler mehr oder weniger ‚wertgeschätzt‘“ zu fühlen. Dies ist insofern relevant, als dass die individuellen Erwartungen an Demokratie und die Bewertung des Erlebens von Demokratie stets miteinander abgeglichen werden (Hernández, 2019). Gleichzeitig werden auf dieser Basis verschiedene demokratische Prinzipien unterschiedlich bewertet, weshalb es vorkommen kann, dass Menschen für einige Eigenschaften von Demokratie stärker eintreten als für andere – je nachdem, welche für sie in ihrer individuellen Erfahrung als am Wichtigsten erachtet werden (Ferrer et al., 2025). Die

Unterstützung demokratischer Prinzipien hängt somit nicht nur von den politischen Institutionen und Verfahren ab, sondern vor allem davon, was Demokratie für Bürger\*innen praktisch bedeutet und wie sie die konkreten Auswirkungen politischer Entwicklungen in ihrem Alltag erleben und bewerten. Zwar zeigt die Analyse des zweiten Freitext-Feldes mit dem Satz „In einer Demokratie fühle ich mich...“, dass 63 % der Antworten positiver Natur sind. Dennoch finden sich in den Antworten auch häufig Nennungen von fehlender Teilhabe oder Zugehörigkeit in Bezug zu den eigenen Erfahrungen.

Dieser hier offenkundig gewordene Zusammenhang zwischen persönlicher Erfahrung und Bewertung von Demokratie sollte in weiteren Forschungsvorhaben zu aktuellen Herausforderungen und der Zukunftsfähigkeit von Demokratie berücksichtigt werden. Dafür braucht es jedoch ein methodisches Design, das über das Erheben von Fragebögen hinausgeht, wie es in einigen Studien der Fall ist (Hernández, 2019; Pickup et al., 2024). Vielmehr hat auch die „Wahlkabine Demokratie in Deutschland“ gezeigt, dass der Dialog vor Ort in den Mittelpunkt gerückt werden muss. So kann besser verstanden werden, welche Überzeugungen Bürger\*innen zu Demokratie haben und auf welchen Erfahrungen im demokratischen System und Bewertungen dieser sie basieren.

Zweitens kollidieren die Erwartungen an die eigene politische Wirksamkeit in der Demokratie mit dem Erleben der repräsentativen Demokratie in Deutschland. In den Anmerkungen zur Aussage über die Umsetzung des Wähler\*innenwillens (Aussage 9) zeigt sich die Erwartungshaltung, dass Wähler\*innen mit ihren Stimmen unmittelbar Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse nehmen. In einer repräsentativen Demokratie, wie wir sie in Deutschland haben, entscheidet das Volk zwar über politische Agenden. Allerdings wird dieser Auftrag von den gewählten Vertreter\*innen mit ihrem Mandat stellvertretend umgesetzt. Insbesondere beim Antwortverhalten des *Rechtsstaatlich-regelorientierten* und *Rechtsstaatlich-responsiven Typs* zu Aussage 9 zeigen sich diese unterschiedlichen Erwartungen im Brennglas: Die Idee der Repräsentation scheint sich zumindest bei einem Teil der Befragten von der erlebten Wirklichkeit entkoppelt zu haben. Gleichzeitig gibt es in den Anmerkungen einzelne Stimmen, die hinterfragen, wie die Umsetzung eines konsensualen Wähler\*innenwillens überhaupt ermöglicht werden kann: „Haben alle Wähler\*innen den gleichen Willen?“ Anknüpfend an die erste Erkenntnis deutet dieses Spannungsverhältnis zwischen Erwartungen an die eigene politische Wirksamkeit und den institutionellen Logiken der repräsentativen Demokratie auf eine Forschungsfrage hin, der in weiterführenden Studien nachgegangen werden sollte: Wie lässt sich das Gefühl fehlender Repräsentation in der empirischen Demokratieforschung genauer erfassen, und welche Rolle spielt dabei die kommunikative Vermittlung zwischen Wähler\*innenwillen und politischem Kompromiss?

Drittens zeigt sich, dass wir es anstelle einer gesamtgesellschaftlichen Spaltung möglicherweise eher mit einem Meinungspluralismus mit Tendenz zu auseinandergehenden Positionen bei spezifischen Themen zu tun haben. Dies schließt unmittelbar an Ergebnisse vorheriger Forschung an, die zeigen, dass wir als Gesellschaft nicht so gespalten sind, wie es medial zum Teil diskutiert wird (Kumkar, 2025). Eingebettet in einen großen Konsens innerhalb der deutschen Gesellschaft über grundlegende demokratische Werte, sind es nämlich vor allem konkrete *Triggerpunkte* – also einzelne Aspekte innerhalb dieser Themen, an denen Zustimmung in emotional geführte Konflikte und Dissens umschlägt –, um die ein Konfliktpotenzial besteht (Mau et al., 2023; Faas, 2025). Dies wird auch in den Antworten zu dem ersten Freitext-Feld am

Ende des Wahlzettels deutlich. Hier konnten Besucher\*innen den Satz „In einem demokratischen Staat sollten wir...“ vervollständigen. Im Rahmen der induktiven Inhaltsanalyse konnten die genannten Zielvorstellungen in einem Dreiklang von demokratischen Werten (an denen man sich orientiert), demokratischer Kultur (wie diese Werte mit Leben gefüllt werden) und konkreten Maßnahmen (wie diese Kultur umgesetzt wird) strukturiert werden. Die genannten Werte umfassen dabei Respekt, Vielfalt, Toleranz, Fairness, Sicherheit und Freiheit. Zudem lässt auch die intensive Auseinandersetzung mit dem Wahlzettel sowie die langen Gespräche mit den Besucher\*innen der Langen Nacht der Wissenschaften in Berlin 2026 vermuten, dass – zumindest in diesem Kreis der Bevölkerung – durchaus großes Interesse besteht, sich differenziert mit den eigenen Überzeugungen zu Demokratie auseinanderzusetzen.

## **5 WAS BEDEUTEN DIE ERKENNTNISSE FÜR DIE DEMOKRATIE IN DEUTSCHLAND?**

Die Ergebnisse der „Wahlkabine Demokratie in Deutschland“ geben Hinweise darauf, dass aus den vier abgefragten Themenbereichen vor allem Kultur und Rechtsstaatlichkeit starke Reaktionen hervorrufen. Dies könnte darauf hindeuten, dass diese Themenbereiche für die eigenen Überzeugungen zu Demokratie als besonders bedeutend wahrgenommen werden. Denn anders als etwa bei dem Thema Wahlen, das eher institutionelle und organisatorische Aspekte von Demokratie berührt, scheinen sich in den Themenbereichen Kultur und Rechtsstaatlichkeit grundlegende Überzeugungen und Prinzipien zu verdichten, wie und wodurch das Zusammenleben in unserer demokratischen Gesellschaft geordnet und getragen wird.

Inwieweit dies damit zusammenhängt, dass gerade diese beiden Themenbereiche im gegenwärtigen öffentlichen Diskurs zu Demokratie besonders präsent sind, sollte Gegenstand weiterführender Forschung sein. Für die weitere Forschung zur Demokratie in Deutschland sind darüber hinaus die individuellen Überzeugungen hinter den Aussagen und Themenbereichen im Detail zu rekonstruieren. Das Konzept der Democracy Belief Systems (Hernandez, 2019) bietet hierfür eine analytische Linse, mit der diese in ihrer Komplexität als Glaubenssätze verstanden werden können. Ein tiefergehendes Verständnis dieser Glaubenssätze ist ein wichtiger Baustein, um die sich stetig wandelnden Überzeugungen zu Demokratie zu durchdringen. Dies ist die Grundlage, um durch gesellschaftliche Aushandlung konfligierender Überzeugungen und ein gemeinsames Verständnis über den Konsens demokratischer Prinzipien die Transformation von Demokratie zu gestalten.

## REFERENZEN

Bacher, J., Pöge, A. & Wenzig, K. (2011). Clusteranalyse. Anwendungsorientierte Einführung in Klassifikationsverfahren. München: Oldenbourg De Gruyter

Calmbach, M., Resch, J., & Regen, L. (2025). Schutz der Demokratie. Insights zu gesellschaftlichen Herausforderungen für demokratische Resilienz. Greenpeace e.V.  
[https://www.greenpeace.de/publikationen/Greenpeace\\_Sinus\\_Schutz\\_der\\_Demokratie.pdf](https://www.greenpeace.de/publikationen/Greenpeace_Sinus_Schutz_der_Demokratie.pdf)

Decker, O., Kiess, J., Heller, A., & Brähler, E. (Hrsg.). (2024). Vereint im Ressentiment. Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen. Psychosozial-Verlag.  
<https://www.boell.de/sites/default/files/2024-11/leipziger-autoritarismus-studie-2024-vereint-im-ressentiment-autoritaere-dynamiken-und-rechtsextreme-einstellungen.pdf>

European Social Survey European Research Infrastructure (ESS ERIC). (2023). ESS4 – integrated file, edition 3.0 [Data set]. Sikt – Norwegian Agency for Shared Services in Education and Research; 2016.

Faas, T. (2025). Polarisierung trotz Stabilität. Wähler:innen in Deutschland und ihr Blick auf Demokratie, Medien, Themen und Parteien im Lichte der CNEP-Studien 2017, 2021, 2024. Arbeitsstelle Politische Soziologie der Bundesrepublik Deutschland.

Ferrer, S., Hernández, E., Prada, E. & Tomic, D. (2025), The value of liberal democracy: Assessing citizens' commitment to democratic principles. European Journal of Political Research, 64, 2018–2038.  
<https://doi.org/10.1111/1475-6765.70021>

Ferrín Pereira, M., Hernández, E., & Landwehr, C. (2023). Understandings and Evaluations of Democracy Topline results from rounds 6 and 10 of the European Social Survey. European Social Survey ERIC.  
[https://europeansocialsurvey.org/sites/default/files/2023-10/TL013\\_Democracy-English.pdf](https://europeansocialsurvey.org/sites/default/files/2023-10/TL013_Democracy-English.pdf)

Hernández, E. (2019). Democracy belief systems in Europe: Cognitive availability and attitudinal constraint. European Political Science Review, 11(4), 485–502.  
<https://doi.org/10.1017/S1755773919000286>

Kemmesies, U., Wetzels, P., Austin, B., Büscher, C., Hutter, S., Richter, T., Rieger, D., Grube, F., & Sobota, S. (Hrsg.). (2026). MOTRA-Monitor 2024/2025. Motra Monitoringsystem und Transferplattform Radikalisierung. <https://doi.org/10.57671/ISBN.978-3-911329-02-6> 2026 MOTRA

Kuckartz, U. (2014). Qualitative Inhaltsanalyse. Methoden, Praxis, Computerunterstützung (2. Auflage). Beltz Juventa.

Kumkar, N. (2025). Polarisierung. Berlin: Suhrkamp.

Mau, S., Lux, T. & Westheuser, L. (2025). Triggerpunkte: Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft. Berlin: Suhrkamp.

Oser, J., & Hooghe, M. (2018). Democratic ideals and levels of political participation: The role of political and social conceptualisations of democracy. *The British Journal of Politics and International Relations*, 20(3), 711–730. <https://doi.org/10.1177/1369148118768140>

Pickup, M., Groenendyk, E. W., Kimbrough, E. O., Stephenson, L., Bourgeois, L. F., & Harell, A. (2024). Is This How Democracy Dies? Democratic Norms and Belief Systems in Mass Publics (SSRN Scholarly Paper Nr. 5045673). Social Science Research Network. <https://doi.org/10.2139/ssrn.5045673>

van Noord, J., Turner-Zwinkels, F. M., Kesberg, R., Brandt, M. J., Easterbrook, M. J., Kuppens, T., & Spruyt, B. (2025). The nature and structure of European belief systems: Exploring the varieties of belief systems across 23 European countries. *European Sociological Review*, 41(1), 143–161. <https://doi.org/10.1093/esr/jcae011>

Wetzels, P., Farren, D., Fischer, J. M. K., Brettfeld, K., Endtricht, R., & Richter, T. (2025). Erste Ergebnisse der repräsentativen MOTRA-Befragung „Menschen in Deutschland“ 2025 (MiD 2025). Subjektive Wahrnehmungen gesellschaftlicher Entwicklungen und Zustände sowie diesbezügliche Trends in Deutschland seit 2021. Universität Hamburg. <https://doi.org/10.25592/uhhfmdm.18053>

Zick, A., Küpper, B., Mokros, N., Eden, M., & Schröter, F. (Hrsg.). (2025). Die angespannte Mitte: Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2024/25. Dietz. <https://www.fes.de/index.php?eID=dumpFile&t=f&f=159776&token=c046b94f061255878306ea930e95f1bee68c2006>